

«Inhalte und Positionen.»»

«Inhalte und Positionen.»

Inhalt

Gesellschaftspolitik	4
Wirtschaftspolitik	5
Bildungspolitik	6
Hochschulpolitik, Forschung und Technik	7
Finanzpolitik	8
Altersvorsorgepolitik	9
Familienpolitik	10
Verkehrspolitik	11
Ausländerpolitik	12
Asylpolitik	13
Gesundheitspolitik	14
Drogenpolitik	15
Landwirtschaftspolitik	16
Sportpolitik	17

Prioritäten der FDP-Fraktion 2004-2007	18
Volksabstimmungen in der Legislatur 2003-2007	25
Volksabstimmungen in der Legislatur 1999-2003	26

Als weitere Informations-Broschüren der FDP Schweiz sind erhältlich:

- FDP persönlich
- Partei und Organisation

Stand: 27. September 2004

Gesellschaftspolitik

« Individualität und Freiheit in einer liberalen Gesellschaft »

In einer liberalen Gesellschaft stehen die Würde, die Individualität und die Freiheit der Menschen sowie deren Verantwortung für sich selbst und ihre Mitmenschen im Zentrum. Es sollen Alle die gleichen Chancen (bspw. bei Ausbildung und Beruf) haben, sich gleichzeitig jedoch auch ihrer Pflichten innerhalb der Gesellschaft bewusst sein. Anstrengung und Leistung müssen anerkannt und belohnt werden, was der Bereitschaft zur Unterstützung von Schwächeren nichts anhaben darf. Eine moderne, weltoffene und tolerante Gesellschaft ist ein freisinniges Ziel.

Die FDP fordert:

- Staatliche Eingriffe in die Privatsphäre und Freiheit des einzelnen Menschen und sein Umfeld sind auf ein Minimum zu reduzieren.
- Die Eingriffe des Staates in gesellschaftliche Veränderungsprozesse sind abzubauen. Als Beispiele dienen die Konsumentensouveränität und Wahlfreiheit (statt Bevormundung), die Aufhebung des Verbots für Präimplantations-Diagnostik oder der Stopp der Einschränkung von Eigentumsrechten.
- Die Gesellschaft hat alternative Lebensgemeinschaften und Partnerschaften zu respektieren; der Staat soll diese Gemeinschaften in geeigneter Weise und im Interesse der Paare regeln.
- Kultur und kulturelle Aktivität gehören zum Wesensgehalt und zur Identität einer modernen Gesellschaft, wobei der kulturellen Vielfalt grosse Bedeutung beigemessen wird. Staatliche Unterstützung ist notwendig, um gewisse Kulturbereiche nicht zu gefährden.
- Sowohl Frauen als auch Männern ist die Doppelrolle von Erwerbstätigkeit und Engagement in der Familie zu erleichtern. Familienfreundliche Schulstrukturen und Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind dabei ebenso zentral wie Steuererleichterungen (bspw. Betreuungsabzüge).
- Die Integration der in der Schweiz niedergelassenen ausländischen Personen ist zu fördern. Menschen, die sich in unserer Gesellschaft integrieren wollen und auch die entsprechenden Anstrengungen dafür unternehmen, sollen das Schweizer Bürgerrecht erhalten.
- Damit junge Menschen bei der Neudefinierung des Generationenvertrags nicht benachteiligt sind, dürfen die jungen Erwerbstätigen bei der Sanierung der Altersvorsorge nicht mehr überproportional belastet werden.
- Verbote von Verhaltensweisen, welche Drittpersonen nicht direkt beeinträchtigen, sind nur gerechtfertigt, wenn sie in hohem Masse sozialschädlich sind. In diesem Sinne sind Konsum und (geregelter) Handel von weichen Drogen zu entkriminalisieren.
- Übermässige Bevormundung der jungen Menschen durch Schutz- und Verbotsbestimmungen ist abzubauen.

Wirtschaftspolitik

« Mehr Wohlstand durch Wachstum »

Die Schweiz braucht eine starke Wirtschaft, um ihr hohes Wohlstandsniveau zu halten. Seit den 90-er Jahren, seit dem leidet das Land jedoch unter einer Wachstumsschwäche, welche dieses gefährdet. Dies äussert sich nicht nur in steigender Arbeitslosigkeit und stagnierendem pro Kopf Einkommen, sondern auch in der zunehmenden Schwierigkeit der Finanzierung der Sozialversicherungen wie der AHV und in den Defiziten der öffentlichen Hand. Eine wachstumsfördernde Politik spielt für die FDP daher eine zentrale Rolle. Dabei ist die Partei – getreu ihren liberalen Grundwerten von Fortschrittsoffenheit und Vertrauen in die Selbstverantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger – der Überzeugung, dass nur eine freiheitliche und wettbewerbliche Wirtschaftsordnung Gewähr dafür bietet, dass sich die Schweizer Wirtschaft dank Effizienz und Innovation auch im internationalen Konkurrenzkampf behaupten und den manchenorts notwendigen Strukturwandel durch Nutzung neuer Chancen erfolgreich bewältigen kann. Der Staat soll möglichst wenig in das Spiel der Märkte eingreifen und sich darauf konzentrieren, attraktive Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaft zum Wohle aller zur Verfügung zu stellen.

Die FDP fordert:

- Um den Wettbewerb in der Schweiz zu verstärken braucht es ein griffiges Kartell- und ein wirksames Binnenmarktgesetz, sowie einen Abbau von Importbarrieren. Es sind aber auch administrative Hürden zu beseitigen, unter welchen besonders die kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU) leiden.
- Die bilateralen Verträge mit der EU sind auf die neuen EU-Mitglieder auszudehnen und weitere Abkommen auszuhandeln, um der Schweizer Wirtschaft neue Möglichkeiten zu eröffnen. Dabei ist das für unsere Volkswirtschaft bedeutende Bankkundengeheimnis zu wahren.
- Im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) soll sich die Schweiz für weitere Liberalisierungsrunden einsetzen, um von den Vorteilen eines freieren Welthandels, namentlich neuen Exportmärkten und tieferen Preisen, profitieren zu können.
- Die Steuerlast sowie die Lohnnebenkosten sind tief zu halten und punktuell zu senken. Das bedingt solide Finanzen der öffentlichen Hand und deshalb einen Sparkurs unter Einbezug insbesondere auch aller Subventionen.
- Durch verbesserten Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt, ein hervorragendes Bildungssystem und eine erleichterte Einwanderung von qualifizierten Erwerbstätigen soll die Schweizer Wirtschaft weiterhin auf produktive Arbeitskräfte bauen können.
- Forschung und Innovation sind wesentliche Stärken unserer Wirtschaft. Diese sind durch ein an der Weltspitze orientiertes Hochschulwesen und den Verzicht auf Moratorien gegen neue Technologien zu fördern.
- Geordnete Marktöffnungen bspw. bei Strom, Post und Telekommunikation (Freigabe der letzten Meile) sollen unter Wahrung der Grundversorgung der Bevölkerung zu einem qualitativ hochstehenden und kostengünstigen Angebot in diesen Infrastrukturbereichen führen.
- Die FDP vertraut in die Selbstregulierungskraft der Wirtschaft, welche staatliche Eingriffe nur unterstützend nötig macht. Die tatsächliche Wahrnehmung der Verantwortung durch die Beteiligten ist dabei für den Fortbestand der freiheitlichen Ordnung unabdingbar.

Bildungspolitik

« Optimale Startchancen dank optimaler Schulbildung »

Die schlechten Leistungen von Schweizer Schülerinnen und Schülern im Rahmen der PISA-Studie haben aufgeschreckt. Bildung ist das wertvollste Gut der Schweiz und in diese Bildung investieren wir sehr viel Geld. Umso tragischer ist es, wenn wir nun feststellen, dass die Schweizer Schülerinnen und Schüler nicht mehr Spitze sind. Ziel der FDP ist es deshalb, die Grundschulbildung zu verbessern, damit alle Schülerinnen und Schüler optimale Startchancen haben. In der Grundschule muss der Unterricht effizient und qualitativ hochstehend sein. In der Schweiz sind die Lernziele, der Schuleintritt und die Qualität der Ausbildung zu harmonisieren. Generell sollte die Einschulung früher erfolgen. Die FDP ist der Meinung, dass dank der landesweiten Einführung von Blockzeiten, der Integration der Kinder sowie den Bedürfnissen berufstätiger Eltern besser Rechnung getragen werden könnte. Die Hauptaufgabe der Schule besteht darin, die Kinder auf die Anforderungen des (Berufs-)Lebens vorzubereiten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die persönliche Verantwortung und die Motivation durch Selektionsmechanismen gefördert werden (z.B. Niveaueklassen). Ausserdem sind bereits im obligatorischen Schulunterricht eine zweite Landessprache und Englisch zu unterrichten. Die FDP setzt sich für die Integration von ausländischen Familien und deren Kindern ein. Die Schule ist der privilegierte Ort für eine solche landesweite Aufgabe. Die FDP ist deshalb gegen ein System von getrennten Klassen nach Nationalität, Religion oder Ethnie; ein solches System würde der integrativen Aufgabe der Schule widersprechen. Mit Massnahmen wie die engere Anbindung der Eltern an den Schulprozess, Aus- und Weiterbildungen für den Lehrkörper und der Einbezug der Ordnungskräfte in besonders schwierigen Fällen können die Integrationsziele erreicht werden. Auf der Gymnasial- und Hochschulstufe setzt sich die FDP für eine qualitativ hochstehende Ausbildung ein, um den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit eines Studiums an der Universität oder an anderen Ausbildungszentren zu ermöglichen.

Die FDP fordert:

- Frühere Einschulung der Kinder (spätestens im 6. Altersjahr).
- In der Deutschschweiz muss der Unterricht auf allen Stufen und in allen Fächern auf Hochdeutsch stattfinden.
- Im Grundschulunterricht ist der Schwerpunkt auf sprachliche Fähigkeiten (sprechen, lesen, schreiben) und auf Grundkenntnisse des Rechnens zu legen.
- Die pädagogischen Methoden, welche Spiele vorziehen, müssen zwingend Allgemeinbildung vermitteln.
- Die schulische Selektion muss aufgrund messbarer Schulleistungen erfolgen (Bsp. Durchführung von Prüfungen, welche den Wechsel zur Sekundarstufe 1 und 2 ermöglichen). Damit wird die Chancengleichheit gewährleistet.
- Schnelle Umsetzung des Prinzips der Blockzeiten an Schulen.
- Tagesschulen, Mittagstische und Aufgabenhilfen sind mittelfristig zu realisieren.
- Staatsrecht muss zwingend im Lehrplan integriert werden.
- Untragbare Schülerinnen und Schüler sind vom Unterricht an öffentlichen Schulen zu dispensieren und durch geeignete Massnahmen zu unterstützen.

Hochschulpolitik, Forschung und Technik

« Bildung, Forschung und Technik als Motor für das Wachstum »

Die Schweiz muss ihre Spitzenposition in der Forschung beibehalten. Dazu braucht es eine ausgezeichnete universitäre Bildung. Damit die Qualität der Ausbildung gesichert werden kann, braucht es auch entsprechende finanzielle Mittel. Die FDP ist bereit, diese Mittel den Bildungsinstitutionen zur Verfügung zu stellen, weil dies wichtige Investitionen in die Zukunft unseres Landes sind. Die FDP hat sich denn auch dafür eingesetzt, dass die entsprechenden Kredite für die Periode 2004-2007 erhöht werden. Finanzielle Mittel alleine reichen aber nicht. Es braucht eine Verbesserung der Ausbildung, günstige Rahmenbedingungen für Innovation und es braucht Forschungsfreiheit. Die FDP wehrt sich deshalb gegen sämtliche Versuche, die Forschung mit Verboten und Moratorien einzuschränken oder sogar ganz zu verbieten. Besser als Verbote sind klare Regeln und gesetzliche Schranken. Die FDP setzt sich für einen verstärkten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft ein. Die Chancen der neuen wissenschaftlichen Möglichkeiten müssen offen diskutiert werden.

Nur eine Erhöhung des Niveaus der Berufs- und der akademischen Ausbildung wird uns erlauben, das Bildungssystem zu konsolidieren. Die Fachhochschulen müssen auf dem internationalen Parkett dieselbe Anerkennung geniessen wie akademische Ausbildungen. Die Schweiz muss im Bereich der Gentechnologieforschung die Führung übernehmen. Gleichzeitig muss sie ihre Position im Bereich der Human- und Sozialwissenschaften international stärken.

Die FDP fordert:

- Bessere Unterstützung der Universitäten dank Basisfinanzierung und Leistungsbeiträgen.
- Bundesbeiträge an die Hochschulen in Abhängigkeit von der Anzahl Studierender.
- Förderung der Mobilität der Studierenden.
- Leistungsbezogene Ausbildung an den Hochschulen.
- Qualitätssicherung bei der Ausbildung und der Forschung an allen Hochschulen und an allen öffentlichen und privaten Instituten (peer-review).
- Durchführung von Untersuchungen durch unabhängige internationale Experten.
- Im strategischen Bereich der Langzeitforschung: Gewährung genügender staatlichen Finanzmitteln, um im internationalen Vergleich mithalten zu können.
- Vermeidung der Abwanderung von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Schaffung von Anreizen an den Hochschulen zur Gewinnung von Nachwuchs.
- Das verfassungsmässige Prinzip der Forschungsfreiheit gilt. Auf der gesetzlichen Ebene sind Kontrollen besser als Verbote.
- Die Schweiz soll sich zum Ziel setzen, das führende Land für Gen- und Biomedizinforschung zu werden.

Finanzpolitik

« Gesunde Staatsfinanzen als wichtiger Faktor des Wirtschaftsstandorts Schweiz »

Die Schweiz lebt über ihren Verhältnissen. Der Staat wächst schneller als die Wirtschaft. Die Abgaben des Bürgers an den Staat nehmen zu. Diese Entwicklung ist zu brechen und umzukehren. Denn je stärker ein Staat eingreift, umso grösser ist die Gefahr, dass die Entwicklung der Volkswirtschaft behindert und die Leistung des Einzelnen gebremst werden. Für die FDP ist deshalb die sofortige Stabilisierung und anschliessend die Senkung der Staats- und Fiskalquote notwendig.

Anzusetzen ist bei den Ausgaben: es muss regelmässig geprüft werden, ob sie noch berechtigt und effizient sind. Als nicht mehr notwendig erkannte Ausgaben sind zu eliminieren. Die Ausgaben haben sich sodann nach den Einnahmen zu richten. Deshalb ist die vom Volk beschlossene Schuldenbremse konsequent anzuwenden und der Bundeshaushalt nachhaltig und ausschliesslich ausgabenseitig zu sanieren. Dazu ist ein zweites Entlastungsprogramm notwendig. Anschliessend ist die Ausgabensteigerung so zu steuern, dass die Teuerung nicht mehr überschritten wird. Ausgaben hatten es bisher zu einfach: Volk und Stände hatten keine Vetomöglichkeit. Deshalb ist als disziplinierende Massnahme auf Bundesebene die Möglichkeit des Finanzreferendums vorzusehen. Investitionen sind auch Ausgaben. Sie spüren die Zukunft vor: die Investitionstätigkeit des Staates ist auf seine nachhaltige Wachstumswirkung auszurichten.

Wettbewerb bremst die Einnahmegelüste des Staats: Der Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden und Kantonen ist deshalb zu erhalten. Die FDP befürwortet auch den staatspolitisch vernünftigen Ausgleich zwischen starken und schwachen Kantonen im Rahmen des Neuen Finanzausgleichs.

Die FDP fordert:

- die Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene.
- die systematische Befristung von Subventionen und Kreditverpflichtungen.
- die Aufhebung der steuerlichen Doppelbelastung von Unternehmensgewinnen.
- den Verzicht auf eine Beteiligungsgewinnsteuer.
- die Ausgliederung der Sozialversicherungen aus dem ordentlichen Haushalt und die Einführung eines Ausgabenkontrollmechanismus' analog der Schuldenbremse.
- die Verwendung ausserordentlicher Erträge (z.B. Nationalbankgold) für den Schuldenabbau.
- die konsequente Eliminierung von Mehrfachkompetenzen in der Bundesverwaltung wie auch zwischen Bund und Kantonen.
- Effizienzsteigerung in der Bundesverwaltung und entsprechende Personalpolitik.
- die Aufnahme der Generationenbilanz in die Finanzpolitik des Bundes zur Steigerung der Transparenz.

Altersvorsorgepolitik

« Das bewährte 3-Säulen-Modell erhalten »

Die Altersvorsorge ist ein wichtiger Teil der Generationenpolitik. Sowohl die jungen und erwerbstätigen Leute (im Rahmen ihrer Beitragspflicht) als auch die älteren Menschen im Ruhestand sind davon betroffen. Die demographische Entwicklung stellt unser System der Altersvorsorge vor grosse Herausforderungen. Unsere Sozialversicherungen für die Altersvorsorge müssen generationengerecht ausgerichtet werden, damit sie langfristig gesichert werden und auch die künftigen Generationen mit einer Rente rechnen können. Zudem soll in einer immer älter werdenden Gesellschaft der Übergang von der Erwerbstätigkeit zum Ruhestand flexibel ausgestaltet werden, wobei Anreize geschaffen werden müssen, damit die Leute vermehrt auch über das Regelrentenalter hinaus einer entlöhnten (Teilzeit)Arbeit nachgehen wollen.

Die FDP fordert:

- Beibehaltung des bewährte 3-Säulen-Prinzips in der Altersvorsorge, wobei dem freiwilligen und selbstverantwortlichen Sparen zunehmend grosse Bedeutung zukommt.
- Die auf dem Umlageverfahren basierende 1. Säule (Alters- und Hinterlassenenversicherung/AHV, Invalidenversicherung/IV, Ergänzungsleistungen/EL) muss als Basisversicherung langfristig gesichert werden.
- Kein weiterer Leistungsausbau in der 1. Säule.
- Die AHV ist ein einmaliges Solidarwerk zwischen Jung und Alt, Arm und Reich sowie Männer und Frauen. Leistungskorrekturen müssen einer gewissen Opfersymmetrie unterliegen, damit weder die aktive Generationen übermässig belastet noch die laufenden Renten einschneidend gekürzt werden müssen.
- Den bedarfsbezogenen Ergänzungsleistungen muss im Rahmen unseres Vorsorgesystems eine grössere Bedeutung beigemessen werden, da sie auf individuelle und regionale Bedürfnisse zugeschnitten werden können.
- Flexible Lösungen in der 2. Säule (Berufliche Vorsorge / BVG), um der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen (Prüfung flexibler Vorsorgepläne, Mitspracherecht der Versicherten, etc.).
- Im Rahmen des BVG müssen Transparenz und Aufsicht verbessert werden.
- Die Vorsorgeeinrichtungen sollen die Möglichkeit haben, erhebliche Unterdeckungen mittels gezielter und zeitlich befristeter Massnahmen zu beheben.
- Da immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen, muss die 3. Säule als individuelle Vorsorge an Bedeutung gewinnen. Eigenverantwortliches und steuerbegünstigtes Sparen muss gefördert und attraktiver gemacht werden. Die Säule 3a soll deshalb auch für Nichterwerbstätige und/oder Teilzeitarbeitende geöffnet werden; insbesondere auch für Personen, die über das Regelrentenalter hinaus einer entlöhnten Arbeit nachgehen.

Familienpolitik

« Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mann und Frau »

Die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf trifft nach wie vor in erster Linie die Frauen, zunehmend aber auch junge Männer, welche trotz Karriere aktiv an der Kindererziehung teilhaben wollen. Die FDP fordert Massnahmen im Bereich der Familienpolitik, damit sich Frauen und Männer beruflich entfalten können ohne auf Kinder zu verzichten. Den Aufwendungen für die Förderung familienpolitischer Massnahmen steht ein grosser gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Nutzen gegenüber: Es gibt zusätzliche Steuereinnahmen, da die Frauen vermehrt arbeiten. Die Firmen profitieren von der besseren Verfügbarkeit und der längeren Arbeitszeit der Arbeitnehmenden; Betriebe, die Betreuungsplätze fördern, geniessen eine höhere Standortattraktivität. Die Kumulierung dieser Faktoren unterstützt das Wirtschaftswachstum im positiven Sinne. Die erwerbstätigen Eltern profitieren vom höheren Einkommen und von mehr Sozialleistungen; konsumfreudiges Verhalten wird aktiviert und es fliesst mehr Geld in die Kassen der Sozialversicherungen. Während der Abwesenheit der Eltern werden die Kinder professionell betreut und erlangen durch den frühzeitigen Kontakt mit anderen Kindern eine grössere Sozialkompetenz, was sich auch später in der Schule auszahlen kann.

Die FDP fordert:

- Kantone und Gemeinden sowie private Unternehmen sind angehalten, das Angebot an familienexternen Kinderbetreuungsplätzen wie Kinderkrippen zu vergrössern. Die finanzielle Verantwortung der Eltern kann nur dann zum Tragen kommen, wenn die benötigte Infrastruktur sowie die staatlichen Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung bestehen.
- Schweizweit sollen an den Volksschulen Blockzeiten, als vorläufig kostengünstigste Massnahme, eingeführt werden. Zudem sind Lösungen für die Betreuung während der Mittagszeit (Mittagstisch) zu finden und Tagesschulen in Gemeinden, wo Bedarf besteht, zu fördern. Familienfreundliche Schulstrukturen erleichtern den Alltag der Familien erheblich.
- Die flexible Arbeitszeitgestaltung muss in Wirtschaft und Verwaltung zu einer Selbstverständlichkeit werden.
- Teilzeitstellen müssen auch in verantwortungsvollen und Führungs-Positionen sowohl für Frauen als auch für Männer möglich sein.
- Allen erwerbstätigen Frauen muss ein Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen gewährt werden, welcher durch die Erwerbsersatzordnung (EO) finanziert wird und 80% des durchschnittlichen Erwerbseinkommens deckt.
- Mit flexibleren Modellen bei den Sozialversicherungen soll den gesellschaftspolitischen Realitäten besser Rechnung getragen werden; insbesondere Frauen könnten von einem besseren Versicherungsschutz profitieren.
- Im Rahmen der Finanzpolitik sollen Familien mit Kindern sowie Alleinerziehende steuerlich entlastet werden: Abzug für berufsbedingte Fremdbetreuung der Kinder, Erhöhung des Kinderabzuges und Abzug für Alleinerziehende.

Verkehrspolitik

« Wachstum und Wohlstand dank Mobilität »

Mobilität beschreibt nicht nur die Fähigkeit des Menschen, räumliche Entfernungen und bestimmte Wegstrecken zurückzulegen, sondern auch – im übertragenen Sinne – den eigenen Lebensraum zu nutzen und zu erleben, räumliche sowie geistig-soziale Grenzen zu überwinden und neue Lebensräume zu erschliessen. Sie dient damit – kurz gesagt – auch der Entfaltung des Menschen. Mit der raschen Entwicklung der Mobilität in den vergangenen Jahrzehnten wurden auch negative Auswirkungen sichtbar. Die heutige Gesellschaft ist immer weniger bereit, Verkehrsunfälle, Luftbelastung, Lärm und zunehmende Verkehrsdichte hinzunehmen. Die Mobilität der Zukunft muss deshalb nachhaltig ausgestaltet werden; d.h. sie muss im Dreiklang von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, solidarischer Gesellschaft und ökologischem Gleichgewicht entwickelt werden. Konkret ergeben sich daraus hohe Anforderungen an die Verkehrspolitik, die eine ganzheitliche Sicht des Verkehrsgeschehens einnehmen muss, die internationale Dimension des Verkehrs mitberücksichtigt, marktorientiert ist, die Anforderungen der Raumordnung und des Umweltschutzes respektiert und nicht zuletzt die Finanzierungsfrage möglichst umfassend löst.

Die FDP fordert:

- Die freie Wahl der Verkehrsmittel muss gewährleistet sein.
- Stärkung der Konkurrenz zwischen Schiene und Strasse (zum Beispiel im Güterverkehr freier Zugang für alle Bahnunternehmen auf dem schweizerischen Schienennetz).
- Dem Umweltschutz ist in der Verkehrspolitik Rechnung zu tragen, ohne allerdings die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu verringern.
- Investitionen haben sich nach den Bedürfnissen der Verkehrsteilnehmer zu richten.
- Das Autobahnnetz der Schweiz ist zügig fertigzustellen.
- Bahn 2000 und die NEAT sind zu realisieren. Die FDP akzeptiert aber keine weiteren Mehrkosten. Zur Eindämmung der Kostenexplosion sind Redimensionierungen bei den Zufahrtsstrecken vorzunehmen.
- Bessere Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn beim alpenquerenden Güterverkehr.
- Investitionen in die Sicherheit des Verkehrs, aber keine generellen Verbote wie sie in „Vision Zero“ vorgesehen sind.
- Definition einer gesamtheitlichen Luftfahrtpolitik durch den Bundesrat.

Ausländerpolitik

« Aktiv gestaltend und integrierend »

Die Ausländerpolitik hat sich nach den Bedürfnissen der Schweiz auszurichten. Die Zuwanderung in die Schweiz muss sowohl gesteuert als auch eingegrenzt werden, unter Berücksichtigung der nationalen Interessen und der nationalen Identität sowie dem Ziel, die Integration sicher zu stellen. Steuerungselemente bilden dabei die Arbeitsmarktpolitik und die Arbeitskräfterekrutierung. In der Arbeitsmarktpolitik muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Schweizer Wirtschaft von ausländischen Arbeitskräften abhängig ist und weiterhin sein wird. Nicht zuletzt die langfristige demografische Entwicklung (alternde Gesellschaft) zeigt die Notwendigkeit der Rekrutierung junger ausländischer – insbesondere qualifizierter – Arbeitskräfte. Die FDP unterstützt die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die 10 neuen Mitgliedstaaten der EU und sieht diese als Chance. Hingegen ist die Ausländerpolitik in Bezug auf Staaten ausserhalb der EU strikt nach den Interessen der Schweiz auszurichten. Teil der Ausländerpolitik ist auch die verstärkte Integration der dauerhaft anwesenden Ausländerinnen und Ausländer zum Wohl der in der Schweiz lebenden Gesamtbevölkerung.

Die FDP fordert:

- die Ausdehnung des Personenfreizügigkeits-Abkommens auf die 10 neuen EU-Mitgliedstaaten. Die Ausländerpolitik für Staaten ausserhalb der EU/EFTA hat sich nach den Bedürfnissen der Schweiz auszurichten.
- dass qualifizierte Arbeitskräfte von ausserhalb des EU-/EFTA-Raumes nur eingestellt werden dürfen, wenn es auf diesem Gebiet keine Fachkräfte aus der Schweiz oder dem EU-/EFTA-Raum gibt. Die Integrationsbereitschaft der Arbeitskräfte, die über längere Zeit in der Schweiz bleiben, ist Voraussetzung.
- dass für gering qualifizierte Arbeitskräfte von ausserhalb des EU-/EFTA-Raumes keine Arbeitsbewilligungen ausgestellt werden dürfen.
- eine verstärkte Integration der dauerhaft anwesenden Ausländerinnen und Ausländer. Dem Erlernen einer Landessprache ist besonderes Gewicht beizumessen.
- Integrationsbereitschaft bei Ausländerinnen und Ausländern. Wo diese nicht vorhanden ist, ist die Rückwanderung anzustreben und entsprechende Unterstützung zu leisten.
- im Interesse der Integration ein Anreizsystem für den Familiennachzug. Kinder müssen möglichst früh in die Schweiz einreisen, der Familiennachzug ist innerhalb von 5 Jahren nach Entstehung des entsprechenden Anspruchs vorzunehmen.
- die erleichterte Einbürgerung der 2. Generation und den Bürgerrechtserwerb von ausländischen Kindern der dritten Generation.
- Kurzaufenthaltsbewilligungen ohne direkte Wiederholung und ohne Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung und auf Familiennachzug anstelle des Saisonierstatuts.
- Ein erhöhtes Strafmass beim Schlepperwesen und der Schwarzarbeit, um diese einzudämmen.

Asylpolitik

«Ja zur Humanität, Nein zum Missbrauch »

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen erfolgt grundsätzlich losgelöst von nationalen Eigeninteressen. Dem Engagement im Bereich der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort ist grosse Bedeutung beizumessen. Auch mit den Mitteln der aussenwirtschaftspolitischen Massnahmen (z.B. Handels-, Investitionsschutz, Freihandelsabkommen, Exportrisikogarantie) trägt die Schweiz indirekt und langfristig dazu bei, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Asylbewerber zu verbessern und damit das Migrationspotenzial zu verringern. Eindämmung der Migration und die schweizerische Asylpolitik können nicht losgelöst von den Entwicklungen in den anderen europäischen Staaten betrachtet werden. Die FDP fordert daher eine verstärkte Kooperation mit anderen Staaten. Neben Verbesserungen im Bereich des Verfahrens müssen insbesondere verstärkte Anstrengungen im Bereich des Vollzugs getätigt werden. Dazu muss auch die Mitwirkungspflicht der Asylsuchenden ausgedehnt werden. Sparmassnahmen müssen in erster Linie bei Asylsuchenden mit negativem Entscheid vorgenommen werden und nicht linear auch die echten Flüchtlinge treffen.

Die FDP fordert:

- weitere Instrumente zur Verbesserung des Vollzugs. Die Schweiz muss weitere Rückübernahmeabkommen abschliessen. Diese Abkommen sind mit der Entwicklungshilfe zu verknüpfen. Ausserdem unterstützt die FDP Programme zur Rückkehrhilfe.
- Transparenz im Vollzugsbereich. Das Bundesamt für Flüchtlinge muss die kantonalen Vollzugsstatistiken offen legen, denn die Vollzugsbemühungen sind in den einzelnen Kantonen sehr unterschiedlich.
- den Anschluss der Schweiz an das Dubliner Abkommen und damit auch an das System von Eurodac. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Schweiz in Europa zu einer Asylinsel wird.
- Hilfe vor Ort, denn Migration macht nicht an der Grenze halt. Dies ist der beste Weg, Migration einzudämmen und die Rückkehr von Asylsuchenden zu unterstützen.
- bessere Instrumente gegen Asylsuchende, welche nicht mit den Behörden kooperieren wollen und deren Rückreise in den Heimatstaat oder einen sicheren Drittstaat daher nicht möglich ist. Diese Asylsuchenden sind in einer Gemeinschaftsunterkunft mit Minimalbetreuung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit unterzubringen.
- die Ausdehnung der Gründe für eine Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft: diese Haft soll auch angeordnet werden, wenn Indizien dafür bestehen, dass die vom Asylsuchenden angegebene Identität falsch oder verfälscht ist oder wenn andere berechtigte Zweifel an seiner Identität bestehen, z.B. durch fehlende Reisepapiere oder Verweigerung der Mitwirkung bei der Papierbeschaffung.
- die Wiedereinsetzung von einzelrichterlichen Entscheiden bei offensichtlich unbegründeten Verfahren in der Asylrekurskommission, um bestehende Pendenzen abzubauen und die Verfahren zu beschleunigen.
- die Beibehaltung des Arbeitsverbots für Asylsuchende.

Gesundheitspolitik

« Eigenverantwortung stärken, Kosten senken »

Demographieentwicklung und medizinischer Fortschritt sind in unserer Gesellschaft für die langfristigen Herausforderungen in der Gesundheitspolitik verantwortlich. Qualitativ hochstehende und allen Bürgerinnen und Bürgern zu einem vernünftigen Preis zur Verfügung stehende Gesundheitsleistungen sind das Ziel. Dabei sollen ein kontrollierter Wettbewerb und die Förderung der Eigenverantwortung aller Beteiligten die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen bremsen.

Die FDP fordert:

- Eine wettbewerbliche Vertragsfreiheit für Leistungserbringer und Versicherer unter Berücksichtigung von Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit (zuerst im ambulanten, später auch im stationären Bereich).
- Den Übergang zum monistischen System in der Spitalfinanzierung. Indem anstelle der Spitäler die Behandlungsfälle subventioniert werden, wird Transparenz geschaffen und die Quersubventionierung zwischen Grund- und Zusatzversicherten reduziert.
- Die Erhöhung der Franchise und des Selbstbehalts für die Behandlung von geringfügigen Leiden (mit Obergrenze, um beispielsweise Chronischkranke nicht übermässig zu belasten). Dies trägt zur Stärkung des Kostenbewusstseins und der Eigenverantwortung der Versicherten bei.
- Hohe Wahlfranchisen sind mit entsprechenden Prämienrabatten zu belohnen.
- Fortführung der einkommensabhängigen Prämiensubventionierung für wirtschaftlich Schwächere. Diese schafft einen sozialen Ausgleich, damit insbesondere Familien mit Kindern nicht unverhältnismässig stark unter der Krankenkassenprämienbelastung leiden müssen.
- Die Förderung von Leistungserbringernetzwerken mit eigener Budgetverantwortung, da diese zur Qualitätssicherung, zur Kostenkontrolle sowie zur Förderung der Eigenverantwortung von Leistungserbringern und Versicherten beitragen.
- Wettbewerbliche Rahmenbedingungen für die Versicherer.
- Regelmässige und transparente Information der Versicherten durch die Krankenversicherer (Jahresrechnung, Reserven).
- Der Trend der Preissenkung im Bereich der Medikamente ist fortzusetzen, wobei hier in erster Linie beim Problem der Mengenausweitung angesetzt werden muss.
- Die Abgabe von Generika soll gefördert werden, deren Zwangsverschreibung wird abgelehnt.
- Eine Projektorganisation zur Umsetzung und Evaluation der politisch entschiedenen Strategien für das Schweizer Gesundheitswesen. Dabei soll ein nationaler Gesundheitsrat, in welchem alle im Gesundheitswesen beteiligten Akteure vereinigt sind, die Stossrichtung einer ganzheitlichen und den demographischen Herausforderungen unserer Gesellschaft Rechnung tragenden Gesundheitspolitik festlegen.

Drogenpolitik

« Prävention und Selbstverantwortung »

Die freisinnige Drogenpolitik geht von der Voraussetzung aus, dass mündige Bürgerinnen und Bürger aufgrund einer Selbstgefährdung durch den Konsum von Sucht- respektive Betäubungsmitteln nicht bestraft werden sollen. Im Falle der Fremdgefährdung durch missbräuchlichen Umgang mit Drogen muss hingegen von Gesetzes wegen eine Strafe erhoben werden können. Im Zusammenhang mit dem Konsum von Genuss- und Suchtmitteln darf es im Weiteren nicht zu Belästigungen von Drittpersonen kommen.

Die FDP unterstützt das Vier-Säulen-Modell des Bundesrates, um die Drogenprobleme in unserer Gesellschaft zu vermindern:

- *Prävention:* Verhinderung des Einstiegs in den unbefugten Konsum.
- *Therapie:* Behandlung und Reintegration von Drogenabhängigen.
- *Schadensverminderung:* Risikoverminderung und Überlebenshilfe für Drogenabhängige in Suchttherapien.
- *Repression und Kontrolle:* Strafrechtliche Verfolgung der unbefugten Produktion, des unbefugten Verkehrs und des unbefugten Konsums der dem Gesetz unterstellten Stoffe, ergänzt durch eine strikte Kontrolle des befugten Umgangs mit Betäubungsmitteln zur Verhinderung von Abzweigungen zum unbefugten Konsum.

Oberstes Ziel ist es, den Missbrauch von Suchtmitteln oder Psychotropenstoffen und insbesondere den Einstieg in den Konsum von – sowie auch den Handel mit – illegalen Drogen zu bekämpfen.

Die FDP fordert:

- eine flächendeckende und effiziente Suchtprävention. Grösseres Gewicht beim Jugendschutz im Rahmen der Drogen-Prävention (Prävention in Erziehung und an den Schulen).
- Entkriminalisierung des Konsums von „weichen Drogen“ wie Cannabis. Dies nicht bloss aus dem Grund, dass die gemäss heutigen Gesetzes geltende Strafbarkeit des Konsums von Cannabis in der Praxis nicht entsprechend umgesetzt werden kann. Es muss vielmehr auch von der Voraussetzung ausgegangen werden, dass Selbstgefährdung nicht kriminalisiert werden darf. Ähnliche Ansätze gelten heute ja schon im Bereich des Genussmittelkonsums wie bei Alkohol und Nikotin.
- äusserst strenge Auflagen bei der Herstellung von Cannabisprodukten und deren Vertrieb, damit die Schweiz auf keinen Fall zu einer Drogenhandel-Drehscheibe wird.
- die gesetzlich Verankerung der ärztlich kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstsüchtige wird, da sich diese Methode in der Praxis sehr gut bewährt hat und dazu beiträgt, die Drogenkriminalität zu verringern.
- Angebot von Fürsorgemassnahmen und Therapien, um Drogenkranke von ihrer Abhängigkeit zu befreien, damit sie baldmöglichst wieder ein normales Leben führen können.

Landwirtschaftspolitik

« Ja zu einer nachhaltigen Entwicklung, Nein zum Status Quo »

Die Landwirtschaft hat sich in den vergangenen 10 Jahren stark verändert. Grund dafür ist die internationale Liberalisierung der Wirtschaft aufgrund der WTO-Übereinkommen. Der Bundesrat hat die Kontrolle der Verbraucherpreise aufgehoben, die Direktzahlungen stützen sich zum Beispiel auf ökologische Vorgaben und der Finanzrahmen ist auf eine Periode von vier Jahre beschränkt. Die Produktivität der Landwirtschaft hat sich wesentlich verbessert; die Butter- und Milchberge sind verschwunden; die Strukturen haben sich vereinfacht und schliesslich haben auch die Bauern eine grössere Verantwortung. Die FDP hat sich in diesem Prozess engagiert und unterstützt weiterhin den Weg der Landwirtschaft zu einer ökonomischen, ökologischen und konsumentenfreundlichen Produktion. Nach dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge mit der EU, kann die Schweizer Landwirtschaft neue Chancen im Export wahrnehmen. Sie muss sich allerdings dieser Konkurrenz stellen und die Kosten für ihre Produkte weiter senken. Die FDP unterstützt die Abschaffung der Milchkontingent bis spätestens 2009. Diese Massnahme wird eine Preissenkung zur Folge haben. Die bisher ergriffenen Massnahmen zeigen, dass die Landwirtschaft markt- und damit kundenorientierter sein muss. Dies ist ganz im Interesse der FDP, denn die Bauern sollen – insbesondere im Mittelland – Unternehmer werden, die kostendeckend produzieren.

Die FDP fordert:

- Unterstützung aller innovativen Massnahmen, welche die Förderung der Konkurrenz der schweizerischen Landwirtschaftsprodukte ermöglichen.
- Nutzung von Nischenmärkten dank Spezialprodukten mit Herkunftsgarantie (AOC, appellation d'original contrôlée).
- Direktzahlungen sind an Bedingungen zu knüpfen (z.B.: Produktivität, Schutz des Bodens und der Fauna usw.)
- Unterstützung von ausstiegswilligen Bauern – zum Beispiel mittels Ausbildungsanreizen.
- Reform der Raumplanungsordnung, um den Bauern die Möglichkeit zu geben, ihre Wohnungen zu renovieren oder umzubauen, auch wenn sich diese in der Landwirtschaftszone befinden.

Sportpolitik

« Förderung von Leistungswille, Teamgeist und Selbstverantwortung »

Der Liberalismus und der Sport können sich auf die selben historischen Wurzeln berufen. Beiden stehen noch heute für Verantwortung, für Respekt für den Schwächeren, für das Prinzip der Leistungsfähigkeit und für Wettbewerb. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung treibt regelmässig Sport. Durch die längere Lebenserwartung, nimmt auch die Zahl derjenigen zu, welche Sport treiben. Untersuchungen haben gezeigt, dass ein Teil der Bevölkerung bis über das 70. Altersjahr hinaus sportlich aktiv ist. In den letzten vier Jahren ist die Zahl der Sportvereine in der Schweiz von 26'000 auf 27'000 gestiegen. Der Sport hat einen immer grösseren Stellenwert in der Ausbildung und in der Erziehung. Er fördert persönliche Verantwortung, Teamgeist, Führungsqualitäten und Zeitmanagement. Umfragen zeigen, dass sich die grosse Mehrheit der Jugendlichen mit einer Sportlerin oder einem Sportler identifiziert. Sie anerkennen den Wert des Spitzensports und dieser beeinflusst ihr Verhalten positiv (Streben nach Bestleistung, Wettbewerb etc.). Der präventive und therapeutische Charakter der physischen Aktivität muss nicht mehr bewiesen werden. Der Sport ist integrierender Bestandteil unserer Gesundheitspolitik. Aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet, stellt der Sport einen wichtigen Faktor für das Bruttoinlandprodukt dar. Er fördert den Konsum und schafft Arbeitsplätze. Ganze Branchen sind vom Sport abhängig (z.B. der Tourismus und die Sportartikelbranche). Der Sport stellt einen wichtigen Integrationsfaktor dar, nicht zuletzt für Ausländerinnen und Ausländer, sowie für behinderte Personen. Der Sport verbessert die Lebensqualität der behinderten Personen und erleichtert ihnen ihre Wiedereingliederung in das Berufsleben.

Die FDP fordert:

- Ausbildung von Sportlehrern und Sportlehrerinnen (Eidg. Sportschule in Magglingen)
- Anerkennung des Berufssportlers als Beruf.
- Klare Aufgabenteilung zwischen Sport gemäss öffentlichem (Bund, Kantone) und privatem (Vereine) Recht.
- Unterstützung von Grossveranstaltungen durch den Staat (z.B. internationale Sportanlässe).
- Verbindliche Umsetzung des Sport-Obligatoriums von drei Stunden in allen Kantonen.
- Förderung von Kampagnen für die Erhöhung der sportlichen Aktivität der Bevölkerung.
- Im Rahmen des heutigen finanziellen Rahmens, sollten die Sportvereine einen Anteil der Tabak- und Alkoholsteuer erhalten, wenn sie sich im Kampf gegen Tabak- und des Alkoholmissbrauch engagieren.
- Die Bekämpfung leistungssteigernder Mittel (Doping) muss integrativer Bestandteil unserer Gesundheitspolitik werden.
- Schaffung von Rahmenbedingungen, welche den Spitzensportlern und -sportlerinnen den Einstieg ins Berufsleben am Ende ihrer Sportkarriere ermöglichen.
- Schaffung von geeigneten Teilzeitstellen für Sportler.

Prioritäten der FDP-Fraktion 2004-2007

„Die FDP will als prägende politische Kraft einen zentralen und nachvollziehbaren Beitrag zur Neugestaltung des schweizerischen Erfolgsmodells leisten“. (Zitat aus der Resolution des Wahlparteitags, 30. August 2003)

Die 6 freisinnig-liberalen Prioritäten 2004-2007

Am Beginn der neuen Legislatur (2004-2007) setzt die freisinnig-demokratische Fraktion ihre Schwerpunkte fest. Sie steht für eine leistungsbejahende Gesellschaft.

Die FDP steht für eine Gesellschaft in der die Übernahme von Verantwortung und die Leistungsbereitschaft belohnt wird. Wir stehen für hohe Standards und lassen uns an deren Erfüllung messen.

In der Schweiz verfügt keine Fraktion über die absolute Mehrheit. Um Mehrheiten zu finden sind gewisse Kompromisse manchmal unausweichlich. Es kann aber nicht der Kompromiss gesucht werden, bevor man die eigenen Positionen erarbeitet und in die Diskussion eingebracht hat. Es ist deshalb Aufgabe der Fraktion, die eigenen Positionen solide zu erarbeiten und an diesen über den Parlamentsprozess hinaus festzuhalten.

Die 6 freisinnig-liberalen Prioritäten stellen weder ein umfassendes noch ein abschliessendes Programm dar; sie sind das Resultat einer bewussten Prioritätensetzung.

Verabschiedet von der FDP-Fraktion der Bundesversammlung am 30./31. Januar und am 16. März 2004.

1. Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen

Hindernisse für Wirtschaftswachstum und somit für Arbeitsplätze im Inland beseitigen

Seit über zwei Jahren fordert die FDP, dass die Wachstumspolitik ins Zentrum der Legislatur 2004-2007 gerückt werden muss. Dazu will sie, dass eine Strategie zur Bekämpfung der Höchstpreisinsel Schweiz lanciert wird. Hierzu sind folgende Massnahmen als Elemente eines „Preis-senkungs- und Wachstumsprogramms“ in dieser Legislatur anzugehen:

- Mehr Wettbewerb durch strenge Durchsetzung des revidierten Kartellgesetzes, Reform des Binnenmarktgesetzes und Reform des öffentlichen Beschaffungswesens
- Vorlagen zur geordneten Liberalisierung des Elektrizitäts- und Gasmarktes in dieser Legislatur
- Öffnung Postmarkt und letzte Meile Telekommunikation
- Bemühungen um weitere WTO-Runden zur Liberalisierung der Handelsströme aktiv unterstützen
- Überprüfung aller administrierten Preise mit dem Ziel, wo immer möglich auf staatliche Intervention zu verzichten und wo möglich Preise zu senken
- Die Liberalisierung der Agrarmärkte muss sozialverträglich und von einer Deregulierung der Rahmenbedingungen begleitet sein. Das Primat gilt der gesunden Nahrungsmittelproduktion.
- Beibehaltung und Verbesserung des heutigen flexiblen Arbeitsmarktmodells
- Bilaterale I bis im Rahmen der EU-Erweiterung: Ausdehnung der Bilateralen Abkommen I auf die neuen EU-Staaten inklusive Personenfreizügigkeit
- Ablehnung von zusätzlichen „flankierenden“ Massnahmen zum Personenfreizügigkeitsabkommen mit den neuen EU-Staaten (jedoch: Übergangsfristen analog Bilaterale I)
- Bilaterale II: erfolgreich umsetzen

- Bekämpfung der Schwarzarbeit zugunsten eines fairen Wettbewerbes
- Formelle Harmonisierung der Bau- und Planungsgesetzgebung
- Das Verbandsbeschwerderecht muss wirtschaftsfreundlicher werden (Verschärfung der Kriterien für die Zulassung von Beschwerdeführern und Sanktionsmöglichkeiten)
- Verkehr ist eine Grundlage der modernen Gesellschaft. Die Verkehrsinfrastruktur muss effizient sein. Die Mittel, die zweckgebunden für den Verkehr vorhanden sind, müssen für diese Infrastruktur eingesetzt werden.
- In der globalisierten Welt ist der Luftverkehr immer wichtiger. Wir fordern eine Luftverkehrsinfrastruktur die es Airlines ermöglicht, die Schweiz rentabel anzufliiegen.
- Im Schienenverkehr soll mittels Anbindung an das europäische Bahn-Hochleistungsnetz ein (wirtschaftliches) Näherrücken an die umliegenden europäischen Zentren erreicht werden. Mittelfristig können so Kurzstreckenflüge ersetzt werden

Freisinnig-liberale Hauptziele: Bis 2007 wächst das schweizerische Bruttoinlandprodukt mehr als dasjenige der EU Nachbarländer; bis 2010 sind 80% der Preisunterschiede im Vergleich zu den Nachbarländern der EU zu eliminieren.

2. Wissensnation Schweiz

Zurück zur Spitze

Die freisinnig-liberale Forschungs- und Bildungspolitik orientiert sich an folgenden Eckpunkten:

- Nationale Bildungsreform zur Schaffung familienfreundlicher Schulstrukturen und zur Harmonisierung der Lernziele, der Ausbildungsdauer, der Übergangsregelungen und der Anerkennung von Abschlüssen
- Steigerung der Qualität und der Effizienz im Grund-, Mittel- und Hochschulbereich. Förderung des Unternehmerischen Elementes. Benchmark im OECD-Vergleich: Die Schweiz soll zu den führenden Ländern gehören
- Sicherstellung einer jährlichen Erhöhung der finanziellen Bundesmittel von 5 Prozent für den Bildungs- und Forschungsbereich, dabei sind die Qualitätskriterien regelmässig zu überprüfen
- Die Studierenden sollen sich an den Bildungskosten stärker beteiligen. Ein System von Stipendien und Darlehen soll eine soziale Absicherung ermöglichen
- Verhinderung von forschungs- und wachstumsfeindlichen Verboten, Moratorien und Bewilligungsverfahren
- Konsequente Durchsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes in Partnerschaft mit der Wirtschaft, insbesondere Förderung der Attraktivität und Qualität der Berufsbildung und der beruflichen Weiterbildung
- Steuerliche Abzugsfähigkeit von beruflichen Ausbildungs- und Weiterbildungskosten
- Verbesserung der Innovationsfähigkeit durch attraktive Rahmenbedingungen für die Nutzung neuer Technologien und durch die Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft

Freisinnig-liberale Hauptziele: Das Bildungswesen ist bis 2010 auf jeder Stufe auf Exzellenz und Effizienz (Strukturbereinigung) ausgerichtet; der Forschungs- und Hochschulstandort ist attraktiv für höchstqualifizierte aus aller Welt. Leistung muss sich auf allen Stufen lohnen.

3. Das liberale Gewissen

Würde, Freiheit, Individualität sowie Verantwortung für sich und Andere bilden die Grundlage für eine liberale Gesellschaft

- Staatliche Interventionen in die Privatsphäre, die Freiheit des Einzelnen und in gesellschaftliche Veränderungsprozesse sind abzubauen. Beispiele: Konsumentensouveränität statt Bevormundung (z.B. Wahlfreiheit bei GVO), kein Verbot der Präimplantations-Diagnostik, Stopp der Einschränkung der Eigentumsrechte
- Der Staat hat alternative Lebens- und Partnerschaften zu respektieren und sie in geeigneter Weise im Interesse der Paare zu regeln
- Kulturelle Betätigung gehört zum Wesensgehalt und zur Identität des modernen Menschen. Wir anerkennen die kulturelle Vielfalt. Ohne staatliche Unterstützung wäre diese gefährdet; privates Mäzenatentum allein genügt nicht.
- Frauen und Männern, die dies wünschen, ist die Doppelrolle von Betreuungs- und Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Über eine nationale Bildungsreform werden familienfreundliche Schulstrukturen gefördert. Im weiteren sind Familien über eine Erhöhung des Betreuungsabzuges steuerlich zu entlasten.
- Die Integration der in der Schweiz niedergelassenen Ausländer ist zu fördern. Menschen, die zur Integration bereit sind und Integrationsschritte bereits getätigt haben, sollen das Schweizerbürgerrecht erhalten. Die Bürgerrechtsrevision ist zu unterstützen.
- Junge Menschen haben einen Anspruch darauf, bei der Neufassung des Generationenvertrages nicht benachteiligt zu werden. Zur Sanierung der Altersvorsorge dürfen die jungen Erwerbstätigen nicht überproportional mehr belastet werden.
- Verbote von Verhaltensweisen, die nicht direkt Dritte beeinträchtigen, sind nur gerechtfertigt, wenn sie in hohem Masse sozialschädlich sind. Konsum und (geregelter) Handel von weichen Drogen sind zu entkriminalisieren.
- Übermässige Bevormundung der Jungen durch Schutz- und Verbotsbestimmungen ist abzubauen (z.B. Verzicht auf Werbeverbote)

Freisinnig-liberales Hauptziel: Die Schweiz ist 2007 wieder ein modernes, aufgeschlossenes, weltoffenes und tolerantes Land.

4. Nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik

Haushalt in Ordnung bringen – Fundament für Wachstum und Wohlfahrt

- Stabilisierung der Staats- und Fiskalquote bis 2007, keine neuen Steuern, keine Steuererhöhungen, keine MWSt-Erhöhen auf Vorrat*, keine Erhöhung der Lohnnebenkosten
- Verwendung ausserordentlicher Erträge des Bundes für den Schuldenabbau
- Entlastungsprogramm 04 zur sukzessiven Sanierung des Haushaltes. Effizienzsteigerung, Verzichtsplanung und Aufgabenüberprüfung in der Bundesverwaltung. Entflechtung Bund-Kantone (Umsetzung NFA)
- Unterstützung des Steuerpakets 2001. Durchsetzung Unternehmenssteuerreform II inkl. substantielle Entlastungen, keine Beteiligungsgewinnsteuer, keine Doppelbesteuerung von ausgeschütteten Gewinnen
- Vorbereitung einer aufkommensneutralen Individualbesteuerung bei der direkten Bundessteuer als Option zum Familiensplitting
- Vereinfachung des Steuersystems des Bundes. Verbesserung der Transparenz

- Materieller Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen erhalten
*(jedoch 0,8% für IV-Sanierung),

Freisinnig-liberale Hauptziele: Das bestehende strukturelle Defizit ist bis 2007 ausgabenseitig eliminiert; die Fiskalquote steigt nicht.

5. Sozial- und Gesundheitspolitik

Rentensicherheit gewährleisten und Gesundheitskosten stabilisieren

Die freisinnig-demokratische Fraktion hat in der Sozial- und Gesundheitspolitik folgende Schwerpunkte:

Generell:

- Aufnahme einer umfassenden Generationenbilanz in die Sozial- und Finanzpolitik des Bundes zur Steigerung der Transparenz
- Gestaltung eines neuen Generationenvertrages, der den Interessen aller Generationen Rechnung trägt
- Grundlagen für eine mögliche Abtrennung der AHV/IV-Finanzierung vom Bundeshaushalt sind zu erarbeiten
- Bekämpfung der Schwarzarbeit, um den Entzug von Mitteln, welche für die Sozialpolitik bestimmt sind, zu verhindern

a. AHV:

- Annahme der 11. Revision der AHV (materiell)
- Grundsatzentscheide über die 12. AHV Revision bis 2007, insbesondere Beibehaltung des flexiblen Rentenalters 62/68 mit Anpassung der Renten und stärkerer Gewichtung der Beitragsjahre. Die Finanzierung soll bis 2025 (leistungs- und einnahmenseitig) gewährleistet werden.
- Anreize zum späteren Ausstieg aus dem Erwerbsleben (Teilzeitarbeit von Rentnern)
- Verankerung der Ergänzungsleistungen in der BV

b. BVG:

- Unterstützung des ausserordentlichen Pakets mit den Sanierungsmassnahmen für die autonomen Kassen/Sanierung der öffentlichen Kassen, grundsätzlich auf der Basis ähnlicher Parameter, aber mit Berücksichtigung kantonaler und kommunaler Bedürfnisse
- Durchsetzung einer verbesserten und somit effizienten Aufsicht über die Pensionskassen
- weitere BVG-Revision mit realistischem Umwandlungssatz unter Berücksichtigung und/oder Prüfung folgender Ziele: klare Trennung zwischen Versicherungsteil und an die Kapitalmärkte gebundener Teil; flexiblere Vorsorgepläne sowie klar definiertes Mitspracherecht für die Versicherten; arbeitsmarktgerechte Ausgestaltung der 2. Säule
- Freiwillige Vorsorge (3.Säule 3a) auf für Nicht-Erwerbstätige

c. IV:

- 5. IV-Revision mit substanziellen Einsparungen: zügige Nachprüfung aller IV-Renten (durch unabhängige Experten), stringente, gegenüber heute verschärfte Rentenzusprachekriterien, nur befristete Rentenzuteilung, mit periodischer Nachprüfungspflicht. Kostenpflichtigkeit der Einsprachen. Mitwirkungspflicht der IV-Rentner. Sanierungsbeiträge verknüpft mit Leistungskorrekturen im Rahmen 5. IV-Revision
- Deregulierung des Beschaffungsmarktes für Hilfsmittel
- Überprüfung der Nutzung von Sonderschulen im Vergleich zur Regelschule

d. KVG:

- Finanzierung der Pflege unter Einschluss der andern Sozialwerke bzw. Abgrenzung zu nicht-medizinischen Altersleistungen
- Rasche Vorbereitung der nächsten Revision mit einer Reform der Anreize (anstatt Ärztestopp Einführung der Vertragsfreiheit unter entsprechenden Rahmenbedingungen (Versorgungssicherheit, Qualität, Wirtschaftlichkeit), Übergang zur monistischen Spitalfinanzierung unter Einbezug der Kantone, Ausbau der Anreize für die Versicherten: Franchisen/Selbstbehalt, freiwillig erhöhte Selbstbeteiligung mit entsprechendem Prämienrabatt)
- Bessere Kontrollmöglichkeiten und wirksamere Sanktionen für Leistungserbringer
- Gleich lange Spiesse für öffentliche und private Trägerschaften
- Konsequente Ausrichtung des Leistungskataloges auf die gesetzlichen Kriterien wirksam, zweckmässig, wirtschaftlich.
- Senkung der Medikamentenkosten (adäquate Nutzung der Medikamente, Einsatz von Generika, wo medizinisch adäquat)
- Einführung einer Gesundheitskarte
- Landesweite Planung der hochspezialisierten Medizin

e. Mutterschaftsurlaub

- Unterstützung der EO-Revision (Mutterschaftsurlaub)

Freisinnig-liberales Hauptziel: Langfristige Finanzierbarkeit der Sozialwerke gewährleisten durch Konsolidierung des heute bestehenden sozialen Netzes.

6. Staat

Rasche Durchführung einer parallelen Regierungs- und Verwaltungsreform

Eine Regierung statt sieben Departemente

- Die Regierungsreform muss die Effizienz der Regierung als Gremium fördern
- Das Amt des Bundespräsidenten muss gestärkt werden
- Die Funktion des Departementschefs muss derjenigen des Regierungsmitglieds untergeordnet werden:
- Die Regierungsreform muss die Exekutive in die Lage versetzen, die Richtlinien der Verwaltungstätigkeit zu erlassen

Verwaltungsreform

- Führung mittels Globalbudgets
- Eliminierung doppelter Kompetenzen
- Vereinfachung der interdepartementalen Verwaltungsprozesse

Durchsetzung des neuen Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA)

- weil das Reformpaket das geltende komplexe und teure Subventionssystem ablöst
- weil es die Grundlagen zur Erneuerung des Föderalismus legt und
- weil es erlaubt, die Randregionen durch die Gewährung von mehr Autonomie besser zu unterstützen

Die Kantone und die Regionen sollen selbst darüber entscheiden können, wie und mit welchen Projekten sie ihre eigene Entwicklung gestalten wollen

Freisinnig-liberales Hauptziel: Der NFA ist 2010 vollständig in Kraft.

Volksabstimmungen in der Legislatur 2003-2007

Anzahl Vorlagen insgesamt: 10

Anzahl Vorlagen, wo Ergebnis und FDP-Parole übereinstimmen: 3

Datum	Vorlage	Ergebnis	Parole FDP	Federführung
28. November 2004	Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA)		Ja	CVP
28. November 2004	Neue Finanzordnung (NFO)			
28. November 2004	Stammzellenforschungsgesetz			FDP
26. September 2004	Erleichterte Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation	Ja	Ja	CVP
26. September 2004	Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten generation	Ja	Ja	CVP
26. September 2004	Volksinitiative „Postdienste für alle“	Nein	Nein	LPS
26. September 2004	Revision des Erwerbsersatzgesetzes (Mutterschaftsurlaub)	Ja	Ja	FDP
16. Mai 2004	Steuerpaket	Nein	Ja	CVP
16. Mai 2004	11. AHV-Revision	Nein	Ja	FDP
16. Mai 2004	Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze	Nein	Nein	-
8. Februar 2004	Gegenentwurf zur Volksinitiative „avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen“	Nein	Ja	FDP
8. Februar 2004	Obligationenrecht (Miete). Änderung	Nein	Ja	-
8. Februar 2004	Volksinitiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter“	Ja	Nein	-

Volksabstimmungen in der Legislatur 1999-2003

Anzahl Vorlagen insgesamt: 46

Anzahl Vorlagen, wo Ergebnis und FDP-Parole übereinstimmen: 44

Datum	Vorlage	Ergebnis	Parole FDP	Federführung
18. Mai 2003	Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz	Ja	Ja	FDP
18. Mai 2003	Armeereform XXI und Revision Militärgesetzgebung	Ja	Ja	FDP
18. Mai 2003	Eidgenössische Volksinitiative 'Ja zu fairen Mieten'	Nein	Nein	
18. Mai 2003	Eidgenössische Volksinitiative 'für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstellen-Initiative)'	Nein	Nein	CVP
18. Mai 2003	Eidgenössische Volksinitiative 'für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit - ein Versuch für vier Jahre' (Sonntags-Initiative')	Nein	Nein	Gewerbeverband
18. Mai 2003	Eidgenössische Volksinitiative 'Gleiche Rechte für Behinderte'	Nein	Nein	Liberale
18. Mai 2003	Eidgenössische Volksinitiative 'Gesundheit muss bezahlbar bleiben (Gesundheitsinitiative)'	Nein	Nein	FDP
18. Mai 2003	Eidgenössische Volksinitiative 'Strom ohne Atom - Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke (Strom ohne Atom)'	Nein	Nein	SVP
18. Mai 2003	Eidgenössische Volksinitiative 'MoratoriumPlus - Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos (MoratoriumPlus)'	Nein	Nein	SVP
9. Februar 2003	Anpassung der kantonalen Beiträge für die innerkantonalen	Ja	Ja	

	stationären Behandlungen			
9. Februar 2003	Beseitigung von Mängeln der Volksrechte	Ja	Ja	CVP
24. November 2002	Arbeitslosenversicherungsgesetz	Ja	Ja	FDP
24. November 2002	Volksinitiative „gegen Asylrechtsmissbrauch“	Nein	Nein	CVP
22. September 2002	Volksinitiative „Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)“	Nein	Nein	-
22. September 2002	Gegenentwurf „Gold für AHV, Kantone und Stiftung“	Nein	Ja	-
22. September 2002	Elektrizitätsmarktsgesetz	Nein	Ja	CVP
2. Juni 2002	Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches	Ja	Ja	FDP
2. Juni 2002	Eidgenössische Volksinitiative „Für Mutter und Kind“	Nein	Nein	FDP
3. März 2002	Eidgenössische Volksinitiative 'für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)'	Ja	Ja	FDP
3. März 2002	Eidgenössische Volksinitiative 'für eine kürzere Arbeitszeit'	Nein	Nein	FDP
2. Dezember 2001	Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse	Ja	Ja	FDP
2. Dezember 2001	Volksinitiative 'für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern'	Nein	Nein	CVP
2. Dezember 2001	Volksinitiative 'für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee'	Nein	Nein	SVP
2. Dezember 2001	Volksinitiative 'Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)'	Nein	Nein	SVP
2. Dezember 2001	Volksinitiative 'für eine Kapitalgewinnsteuer'	Nein	Nein	FDP
10. Juni 2001	Änderung vom 6. Oktober 2000	Ja	Ja	FDP

	des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) (Ausbildungszusammenarbeit)			
10. Juni 2001	Änderung vom 6. Oktober 2000 des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) (Bewaffnung)	Ja	Ja	FDP
10. Juni 2001	Bundesbeschluss vom 15. Dezember 2000 über die Aufhebung der Genehmigungspflicht für die Errichtung von Bistümern	Ja	Ja	-
4. März 2001	Eidgenössische Volksinitiative 'für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)'	Nein	Nein	Keine (SGV)
4. März 2001	Eidgenössische Volksinitiative 'für tiefere Arzneimittelpreise'	Nein	Nein	FDP
4. März 2001	Eidgenössische Volksinitiative 'Ja zu Europa'	Nein	Nein	Keine (Parlamentarierkomitee)
26. November 2000	Bundespersonalgesetz (BPG)	Ja	Ja	FDP
26. November 2000	Volksinitiative 'für tiefere Spitalkosten'	Nein	Nein	CVP
26. November 2000	Volksinitiative 'Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung - für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)'	Nein	Nein	FDP
26. November 2000	Volksinitiative 'für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann'	Nein	Nein	FDP
26. November 2000	Volksinitiative 'für eine Flexibilisierung der AHV - gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen'	Nein	Nein	FDP
24. September 2000	Volksinitiative „Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag (Konstruktives Referendum)“	Nein	Nein	FDP

24. September 2000	Volksinitiative „für eine Regelung der Zuwanderung	Nein	Nein	CVP
24. September 2000	Verfassungsartikel über eine Energielenkungsabgabe für die Umwelt (Gegenentwurf zur zurückgezogenen 'Energie-Umwelt-Initiative')	Nein	Nein	-
24. September 2000	Volksinitiative 'für einen Solarappen (Solar-Initiative)' und Gegenentwurf (Verfassungsartikel über eine Förderabgabe für erneuerbare Energien)	Nein	Nein	-
21. Mai 2000	Bundesbeschluss über die Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft sowie gegebenenfalls ihren Mitgliedstaaten oder der Europäischen Atomgemeinschaft andererseits	Ja	Ja	FDP
12. März 2000	Eidgenössische Volksinitiative 'für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs zur Erhaltung und Verbesserung von Lebensräumen (Verkehrshalbierungs-Initiative)'	Nein	Nein	Gewerbeverband
12. März 2000	Eidgenössische Volksinitiative 'zum Schutze des Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie (Initiative für menschenwürdige Fortpflanzung [FMF])'	Nein	Nein	FDP
12. März 2000	Eidgenössische Volksinitiative 'für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)'	Nein	Nein	-
12. März 2000	Eidgenössische Volksinitiative 'für Beschleunigung der direkten Demokratie (Behandlungsfristen für Volksinitiativen in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs)'	Nein	Nein	FDP

12. März 2000	Bundesbeschluss über die Reform der Justiz	Ja	Ja	CVP
---------------	--	----	----	-----

FDP Schweiz

Generalsekretariat
Neuengasse 20
Postfach
3001 Bern

info@fdp.ch
www.fdp.ch